

Drs 4 / 8599 Antrag Bündnis 90/Die Grünen  
„CO<sub>2</sub> -Emissionen der Dienstwagenflotte der Staatsregierung, ihrer nachgeordneten Behörden und des Landtages reduzieren“

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

den vorliegenden Antrag der Grünen zur Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes der Dienstwagen der Regierung und des Landtages wird von der NPD-Fraktion begrüßt.

Wir begrüßen diesen Antrag aber nicht vorrangig, weil damit ein erheblicher Vorteil für das Weltklima zu erzielen wäre, sondern vielmehr, weil dadurch allen Beteiligten die Notwendigkeit eines Umsteuerns in der Energiepolitik einmal mehr vor Augen geführt wird.

Überschlägig ermittelt ließe sich mit den geforderten Emissionsgrenzen für die gesamte Dienstwagenflotte ein Einsparpotential von etwa 6.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr realisieren.

6.000 Tonnen erscheint auf den ersten Blick viel, vergleicht man diese Zahl aber mit dem Kohlendioxidausstoß des Braunkohlenkraftwerks Boxberg von mehr als 40.000 Tonnen täglich, werden die tatsächlichen Dimensionen und der eigentliche Handlungsbedarf der Staatsregierung deutlich.

Trotzdem besteht für den Landtag mit der Zustimmung zu diesem Antrag die Möglichkeit, ein eindeutiges politisches Signal auszusenden.

Ein Signal, daß die Staatsregierung an ihre Verantwortung für die Zukunft und ihre Pflicht zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und den noch vorhandenen Ressourcen erinnert.

Zur Wahrnehmung dieser Verantwortung zählt in erster Linie, noch vor ordnungspolitischen Maßnahmen, die Vorbildwirkung eines Staates und seiner Behörden.

(Pause)

Im Antrag wird gefordert, bei neu anzuschaffenden Fahrzeugen einen bestimmten Grenzwert für Emissionen einzuhalten.

Dies ist begrüßenswert und sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, weil die Emissionen letztlich nur eine direkte Folge des Verbrauches von Kraftstoffen sind.

Neben der Entlastung der Umwelt durch verringerte Emissionen käme diese Regelung dem Steuerzahler auch finanziell zugute, weil der Kraftstoffbedarf der Dienstfahrzeuge deutlich geringer wäre.

Hinsichtlich der Emissionswerte für die Dienstfahrzeuge hat sich die Antragstellerin an den Werten der freiwilligen Selbstverpflichtung der europäischen Autoindustrie orientiert. Diese Werte sind schon heute technisch problemlos zu erreichen.

(Pause)

Die kostengünstige Serienproduktion von Fahrzeugen mit geringen Emissions- und Verbrauchswerten scheiterte bisher lediglich am Widerstand der Autoindustrie. Dieser Widerstand beginnt aber angesichts der ständig steigenden Kraftstoffpreise und einer wachsenden Zahl von Fahrzeugmodellen mit sparsamen Technologien langsam zu bröckeln.

Wenn sich der Freistaat Sachsen als Vorreiter dazu bekennt, bei der Beschaffung von Dienstfahrzeugen nur auf Modelle mit geringen Verbrauchs- und Emissionswerten zurückzugreifen, würde dies außerdem dazu beitragen, solche Modelle besser am Markt zu etablieren.

In der Folge würden diese Fahrzeuge dann für Alle in ihrer Anschaffung preisgünstiger werden. Langfristig gesehen lassen sich dadurch erhebliche Mengen Kraftstoff und CO<sub>2</sub> und nicht zuletzt große Mengen Geld einsparen.

Was die Forderung nach schadstoffarmen und alternativen Antriebstechniken betrifft, so möchte ich hinzufügen, daß dabei darauf zu achten ist, vorrangig Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen einzusetzen die nachhaltig und vor allem in der Region produziert werden.

Schließlich muß man die ökologischen und ökonomischen Vorteile eines mit Pflanzenöl betriebenen Fahrzeuges stark anzweifeln, wenn das Fahrzeug mit Palmöl aus Süd-Ost-Asien oder Afrika betrieben wird.

Die NPD-Fraktion wird dem vorliegenden Antrag zustimmen, und ich hoffe, daß sich die Einführung sparsamer Dienstwagen insgesamt auch positiv auf die zukünftige Energiepolitik des Freistaates auswirkt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

